

WKÖ-Stellungnahme zur EK-Mitteilung KOM(2003) 131

Die Wirtschaftskammer Österreich bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die sie wie folgt wahr nimmt:

Teil I: Beantwortung der Fragen auf Seite 22

1. Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen

- ‡ Primär sollte **Konkurrenzfähigkeit** aufgebaut bzw. erhalten werden: Förderungen und steuerliche Entlastungen sind Gesetzen als Motivation zur Nutzung von Umwelttechnologien vorzuziehen. Eine faire Umwelttechnologie-Konkurrenz innerhalb Europas einerseits und gemeinsam weltweit andererseits sollte das Ziel sein.
- ‡ Unbedingt zu beachten und zu bewerten ist die Auswirkung solcher Eingriffe auf den **Rest der Wirtschaft** Europas, also auf die Kunden der Umwelttechnologie-Hersteller, -Vertreiber und -Consultants.
- ‡ Die Akzeptanz neuer (Umwelt-)technologien durch künftige Nutzer spielt ebenfalls eine wichtige Rolle und darf nicht außer Acht gelassen werden. Technologien, die hoch innovativ sind, zum Umweltschutz beitragen und auch wirtschaftlich konkurrenzfähig sind, werden sich nicht durchsetzen, wenn die Akzeptanz durch die potenziellen Nutzer (aus u.U. ethischen, psychologischen, sozialen etc. Gründen) fehlt .
- ‡ Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen ist nur auch dann möglich, wenn geeignete Rahmenbedingungen für die Wirtschaft gegeben sind, wie z.B. auch Zugang zu Know-how, gut ausgebildete Arbeitskräfte, Unterstützung bei Forschung und Entwicklung, etc.

2. Handlungsmöglichkeiten

- ‡ Die EK konzidiert in der Mitteilung erfreulicher Weise, dass **überzogene Umweltschutzvorschriften** auch **kontraproduktiv** für die Umwelttechnikbranche selbst sein können: So kann etwa die verpflichtende Verwendung von Rezyklaten ein Hindernis darstellen, wenn einerseits das Rezyklat nicht ausreichend erhältlich ist oder andererseits Qualitäts- oder Sicherheitsanforderungen aufgrund der Rezyklat-Eigenschaften nicht eingehalten werden können.
- ‡ Frühzeitige Abschätzung der breiten **Anwendbarkeit**: Auf nationaler Ebene werden oft große Förderbeiträge für innovative Technologien aufgewendet, bei denen von

vornherein klar ist, dass diese keine breite Anwendbarkeit finden können (zB Speisefett, Biomasse).

- | Förderung **nationaler Strategien**: Es fehlen häufig nationale Strategien, in welchem Bereich die Produktion von innovativen Technologien im Land verstärkt gefördert werden soll.
- | Auch die **Ebene**, wo Maßnahmen möglich und sinnvoll sind, ist zu überlegen. Nicht alles ist auf **EU-Ebene** machbar, vieles ist rein auf **nationaler** Ebene für sich allein wirkungslos.
- | Die Frage der **Zielmärkte** ist von zentraler Bedeutung, in der Mitteilung aber kaum angesprochen. Für Österreich sind neben dem EU-Raum vor allem **Osteuropa** und **Asien** (ev. auch Mittelmeeranrainerstaaten bzw. arabische Länder, z.B. bei Wasseraufbereitung) die Hoffnungsmärkte, auf die sich die Maßnahmen ausrichten sollten. Das begrenzt auch die Wirksamkeit von neuen EU-Gesetzgebungsmaßnahmen, sieht man von den neuen Beitrittsländern ab.
- | Die Frage der **Zielgruppe** für Umwelttechnologie ist ebenso vital und fehlt in der Mitteilung weitgehend. Bei gewerblichen und öffentlichen Einkäufern sollte das Marketing nicht Halt machen. Potenzial für Geschäfte gibt es sicherlich auch im Haushaltsbereich, und das bereits innerhalb des jetzigen EU-Raums. Förderung, **Bewusstseinsbildung** und verlässliche Information könnten ein wirksames Instrumentarium sein.
- | Langfristige Kalkulierbarkeit von Rahmenbedingungen zumindest national bzw. auf EU-Ebene herstellen, damit Unternehmen einen Planungshorizont abstecken und eine gewisse Investitionssicherheit abschätzen können.

3. Hindernisse:

- | **KMUs benachteiligt**: EU Förderprogramme zielen auf die Industrie oder große KMUs ab. KMUs unter 150 Mitarbeitern haben kaum Möglichkeit die angebotenen Förderungen zu nutzen, da die Voraussetzungen zu schwierig zu erreichen sind (häufig werden Partner im Ausland erwartet) und die Unsicherheit der Förderzusage und der Aufwand für die Förderansuchen zu groß sind.

Eine Verbesserung des Informationsflusses in Richtung KMU ist wünschenswert. Weiters müssten die Hilfestellungen bei der Konzeption von (Umwelttechnik-)F&E-Projekten, bei der Kooperationspartnerwahl und ev. auch bei Projektkoordination und -management intensiviert werden.

- | **Risiko:** Auch im Bereich Markteinführung für KMUs scheint ein Förderbedarf gegeben zu sein
Dies gilt auch im rechtlichen Bereich in den Zielmärkten, wo oftmals die genaue Kenntnis der Rechtssituation vor Ort entscheidend für die Marktchancen sein kann.
- | **Imageprobleme:** Innovative Produkte haben den Ruf fehleranfälliger und wenig erprobt zu sein.
- | **PR:** Der Bekanntheitsgrad innovativer Produkte ist häufig gering

4. Beseitigung der Hindernisse

- | Die Einrichtung von Clustern, Koordinierungsstellen sowie vor allem eine gute **Öffentlichkeitsarbeit** - idealer Weise alles miteinander vernetzt - können bei guter Zusammenarbeit der Akteure viel bewirken. Ziel muss es sein innovative Produkte, Technologien und deren Vorteile sollen einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.
- | **Hemmschwellen:** Die Zusammenarbeit mit Konkurrenten stellt für zahlreiche Firmen immer noch ein Vertrauensproblem dar. Die Veränderung derartiger Verhaltensmuster muss eher langfristig und behutsam in Angriff genommen werden. Trotzdem muss klar dargestellt werden, dass Europäische Firmen außerhalb und oft auch innerhalb der EU in Kooperationsformen erfolgreicher sind als konkurrierend.
- | **Datenbank:** Nationale und EU-weite Datenbanken mit Basisdaten der Umwelttechnik-Unternehmen auf Internet-Basis - idealer Weise auch miteinander verknüpft - sollen den Zugang zu den Firmen erleichtern. Diese Internet-Seiten müssten dann auch massiv beworben werden, also z.B. auch in TV-Spots in Übersee. Dies könnte die EU-Kommission für die Europäische Umwelttechnikbranche leisten.
- | Die **Vereinheitlichung der Genehmigungsverfahren**, wie es die EK in ihrer Mitteilung erwähnt, kann ein durchaus lohnendes Ziel EU-weit als Voraussetzung für fairen Wettbewerb abgeben.
- | Definition von vorrangigen Zielmärkten für die EU-Umwelttechnologiebranche: Asien und Osteuropa (+Mittelmeeranrainerstaaten und arab. Länder) könnten die Hauptzielgebiete lauten, hier scheint derzeit am meisten Wachstumspotenzial vorhanden zu sein. Vgl auch Ergänzungen Punkt 3.

5. Spezifische Bereich der öffentlichen Politik:

- | **Förderung** der Netzwerke & Öffentlichkeitsarbeit: vgl oben.

Hier könnte auch der gezielte und regelmäßige Erfahrungsaustausch zwischen Behörden, der Wirtschaft und der Wissenschaft hilfreich sein.

- | **Nutzen** der innovativen Technologien aufzeigen (zB Energieeinsparung, Risikominimierung).
- | Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ist ein wichtiger Punkt und soll mit besonderem Augenmerk bedacht werden. Im Zusammenhang damit ist auch die Schaffung geeigneter Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu sehen.

6. Maßnahmen:

a) *Weiter in Umwelttechnik investieren?*

Vorteile und Nutzen aufzeigen (zB good practice), Acquis-Erfüllung, nationale Umweltprogramme auf Chancen für Umwelttechnik auswerten und publizieren, Angebot & Nachfrage besser zueinander bringen (Internet-Börsen, Datenbanken); Planungshorizont und Investitionssicherheit für Unternehmen wichtig, daher die Rahmenbedingungen entsprechend gestalten.

b) *Integrierte Technologie fördern?*

Vorteile aufzeigen wie unter a)

Zusätzlich: hier sind die größten Innovationssprünge zu erwarten, damit neue Marktchancen durch effizientere, kostengünstigere Verfahren und Produkte etc.

c) *Wirtschaftliche Maßnahmen in Innovationszyklen?*

Zusätzliche steuerliche Anreize bei der Forschung, Pilotprojekten und der Umsetzung wären hier wohl angebracht.

d) *Verbreitung außerhalb von Europa?*

Vgl oben, Fokus auf Beitrittsländer und Asien (+Mittelmeeranrainerstaaten und arab. Länder).

Vermarktungsplattformen könnten hilfreich sein

e) *Weltweite Partnerschaften?*

Förderung stabiler Rahmenbedingungen auf politischer Ebene in potenziellen Partnerländern.

f) *Anreize für Privatinvestitionen in die Forschung?*

Steuerliche Anreize, Kooperationserleichterung insb. zwischen Großen und KMUs und der Wissenschaft.

Planbarkeit und Investitionssicherheit wichtig.

g) *Sicherstellung von Ausbildungseinrichtungen?*

Förderungen für den Ausbau vorhandener Programme für Aus- und Weiterbildungseinrichtungen anbieten

Gezielte Abschätzung bzw. Planung des künftigen Bedarfs an Fachkräften und Spezialisten, daraus Ableitung der benötigten Aus- und Weiterbildungsinfrastruktur

Teil II: Bemerkungen zur Mitteilung in Stichworten (mit Seitenangaben aus EK-Mitteilung)

5: Forschungsausgaben 3 % des BIP wäre zu begrüßen.

6: Dialog mit Akteuren positiv. IPPC & BAT als Triebkraft Faktum, Verstärkung dieser Schiene scheint eher nicht notwendig zu sein.

10: Unterschied zwischen „Umwelttechnologie“ und „Ökoindustrie“ wird nicht erklärt.

14: Fokus zu sehr auf Abfallwirtschaft, integrierte Produktpolitik (IPP) wäre der zeitgemäßere Ansatz.

15: EU-Vorschriften als entscheidenden Faktor für Wirtschaftlichkeit von Abfallentsorgungstechnologien zu bezeichnen mag von einem bestimmten Blickwinkel aus betrachtet stimmen, ist aber keinesfalls erstrebenswert. Wichtiger scheinen uns Technik sowie Angebot & Nachfrage. Gerade bei Haushaltsabfällen scheint uns die Problematik der „nicht ausreichenden Nachfrage“ zumindest aus österreichischer Sicht nicht gegeben zu sein. Die thermischen Abfallverwertungsanlagen z.B. im Raum Wien in Kombination mit dem Deponierungsverbot von unbehandelten Abfälle (Mitte 2004) halten die Nachfrage hoch.

18: Einem gesonderten Bodenschutz-Regime steht die Wirtschaft eher skeptisch gegenüber. Im Wasser- und Abfallrecht sind Bodenschutzaspekte ausreichend integriert.

20: Ja, unterschiedliche Genehmigungsanforderungen schaffen Wettbewerbshemmnisse, das Ziel von deren Beseitigung lohnt sich also. Hindernisse für die Verbreitung von Umwelttechnologien: Misstrauen & mangelnde Kooperationsbereitschaft, unkoordinierte Netzwerke, Ausschreibungsbürokratie, Marktrisiko, Mitarbeiter-Mobilität.

23: Facharbeitsgruppen: Status unklar, wie kann man mitwirken, Zeit-Bezug: Anfang & Ende der Arbeitsgruppen sollte klar definiert und bekannt gemacht werden.